

Endlagersuche: Eine neue Realität

—Wie eine Klage belgische Alt-Reaktoren zum Stillstand bringen kann—

Seit in den 1950er Jahren die ersten Atomkraftwerke ans Netz gingen, bleibt eine Frage unbeantwortet: Was tun mit dem anfallenden radioaktiven Müll?

Trotz der gigantischen technologischen Fortschritte, die die Welt in den letzten Jahrzehnten erlebt hat, hat sich in Sachen Atomkraft und dem Umgang mit Atommüll sehr wenig bis gar nichts getan. So ist und bleibt Atomstrom die „teuerste und gefährlichste Art, Wasser zum Kochen zu bringen“, wie es der französische Atomphysiker Bernard Laponche formulierte. Der anfallende Müll muss mangels besserer Alternativen Hunderttausende Jahre unter der Erde begraben werden. Die Suche nach einem passenden Ort für solche gefährlichen Langzeitabfälle hat schon immense gesellschaftliche Konflikte hervorgerufen, wie beispielsweise im Wendland, rund um Gorleben.

In Deutschland ging am 28. September 2020 die Suche nach einem dauerhaften Lager für hochradioaktiven Atommüll nun in eine entscheidende Phase: Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) hat ihren „Zwischenbericht Teilgebiete“ veröffentlicht. Darin werden 90 Teilgebiete in ganz Deutschland benannt, die aufgrund der örtlichen geologischen Begebenheiten als Endlagerstätte infrage kommen könnten.

So weit, so gut. Aber diese 90 Teilgebiete umfassen aktuell immer noch rund 54 Prozent der Fläche der Bundesrepublik. Halb Deutschland kann also potenziell noch zur Endlagerstätte für alle hochradioaktiven Abfälle werden, die je in Deutschland produziert wurden. Am Ende des Prozesses, also voraussichtlich Anfang der 2030er Jahre, wird ein einziger Ort übrigbleiben. Schon jetzt ist klar: Gorleben, das jahrzehntelang aus politischen Gründen als die einzig mögliche Endlagerstätte galt, wird es nicht sein.

Gorleben, direkt an der ehemaligen innerdeutschen Grenze gelegen, wurde damals ohne wissenschaftliche Grundlage als Endlagerstätte benannt, was zu einem kaum zu beschwichtigenden Konflikt führte. Um in Zukunft die gesellschaftliche Akzeptanz eines solchen „Endlagers“ zu ermöglichen, muss der jetzige Prozess transparent, demokratisch und fair ablaufen.

Transparenz, Teilhabe und Demokratie: Alles, was Atompolitik bisher nicht war

Gesellschaftliche Akzeptanz zu öffentlichen Maßnahmen und Entscheidungen läuft in der Regel über die Einbeziehung der Bevölkerung und eine transparente Kommunikation. In den vergangenen Jahrzehnten war Atompolitik nicht nur in Deutschland dafür das absolute Gegenbeispiel. Die Entscheidung, in die Atomindustrie einzusteigen und somit ganze Generationen einem unüberschaubaren gesundheitlichen, sozialen und ökonomischen Risiko auszusetzen und mit hochgiftigen Hinterlassenschaften zu belasten, sowie die konkreten Maßnahmen zum Ausstieg aus der Atomenergie und zur Abwicklung des atomaren Erbes sind seit jeher ohne gesellschaftliche Beteiligung oder Einwilligung getroffen worden. Transparenz und demokratische Teilhabe waren nie Teil der Atompolitik.

Diese belastete Vergangenheit gilt es in der Endlagersuche zu überwinden. Denn es ist klar: irgendwo in Deutschland werden die hochradioaktiven Abfälle gelagert werden müssen. Ein Ort wird, stellvertretend für das ganze Land, diese Last auf Hunderttausende von Jahren tragen müssen. Deswegen muss es jetzt in den nächsten Jahren darum gehen, denjenigen Standort zu finden, der für die Langzeitsicherheit aus wissenschaftlicher Sicht am vertretbarsten ist.

Die Fachkonferenz Teilgebiete hat drei Termine zur Bürgerbeteiligung geplant: im Februar, April und Juni nächsten Jahres. Dies ist ein viel zu kurzer Zeitraum, um wirklich Stimmen aus der Zivilgesellschaft zu sammeln und die breite Bevölkerung ins Boot zu holen. Außerdem wird dort nur eins Thema sein: die Erörterung des Zwischenberichts.

Das lässt viele wichtige Themen offen, die zum Teil bereits ohne Beteiligung entschieden worden sind. So steht die Lagermethode selbst nicht zur Diskussion. Auch die Auswahlkriterien für die Endlagerstätte wurden ohne öffentliche Einbeziehung erarbeitet. Viel wichtiger noch: bei den Sicherheitsanforderungen für die dauer-



hafte Lagerungsstätte wird nicht nach der Meinung der Zivilgesellschaft und der möglichen Anwohner*innen gefragt. Ein schlechtes Zeichen für alle, die in der Nähe der Lagerstätte leben.

Die Ergebnisse der sogenannten Bürgerbeteiligung müssen am Ende von der BGE lediglich „berücksichtigt“ werden. Das kann im schlimmsten Fall so viel bedeuten wie: „Danke für Ihre Mitarbeit, wir heften das hier mal ab“. Gelesen werden die Ergebnisse sicher; dass sie in die weitere Auswahl einfließen, ist mehr als fraglich.

Im Moment ist knapp die Hälfte der Bundesrepublik noch im Rennen. Sobald sich die Suche auf ein paar wenige Standorte zuspitzen wird – und das wird in den nächsten Jahren zwangsläufig geschehen – wird klar werden, wie intransparent und exklusiv dieser Prozess geführt wurde. Nur: dann wird es für eine ehrlich gemeinte, faire und inklusive Bürgerbeteiligung bereits zu spät sein. Eigentlich wäre jetzt der Zeitpunkt, alle potentiell Betroffenen an dem Prozess zu beteiligen. Aber wie soll Betroffenheit entstehen, wenn mehr als die Hälfte der Bundesrepublik noch potentiell in der Auswahl steht und obendrein eine Pandemie die Menschen im Land beschäftigt?

Bürgerbeteiligung und Pandemie

Auch wenn die Termine der Fachkonferenz gut gemeint sind: in Zeiten der Coronavirus-Pandemie ist eine Bürgerbeteiligung, die diesen Namen verdient, schlicht nicht möglich. Virtuelle Treffen können Präsenzveranstaltung bei solch diffizilen Themen mit so vielen Betroffenen nicht ersetzen.

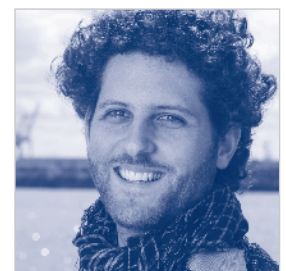
Es geht hier um den Umgang mit Abfällen, die Hunderttausende von Jahren gelagert werden müssen. Es stellt sich also die Frage, ob ein solch wichtiger Prozess, der eine breite Zustimmung und daher auch eine intensive Einbindung der Gesellschaft benötigt, nicht um ein halbes oder ganzes Jahr verschoben werden könnte, um eine echte Beteiligung zu ermöglichen. Die Brisanz des Themas sollte das eigentlich vorschreiben.

Atommüll ist nur die Spitze des Eisbergs. Deutschland muss konsequent aus der Atomenergie aussteigen!

Entscheidend für eine erfolgreiche Endlagerung ist, schnell und *vollständig* aus der Atomindustrie auszusteigen. Nicht nur die verbleibenden Atomkraftwerke, die bereits ein Abschaltdatum haben, sondern auch und vor allem die Urananreicherungsanlage in Gronau und die Brennstäbeproduktion in Lingen müssen so schnell wie möglich beendet werden.

Der deutsche Atomausstieg nützt in Anbetracht der Sicherheit der Bevölkerung wenig, wenn Brennstäbe weiter an marode Altmeiler in Grenznähe geliefert werden. Angesichts der Klimakrise ist eine schnelle, europäische Energiewende notwendig und überfällig. Hier wäre die Schließung der bisher aus dem Atomausstieg ausgeschlossenen Anlagen nicht nur ein starkes, sondern auch ein konsequentes Signal.

Den Atomausstieg in Deutschland nach den gleichen humanistischen Prinzipien konsequent zu Ende zu denken, bedeutet auch das Ende der „nuklearen Teilhabe“. Auch wenn dies für Ende 2022 nicht in Sicht ist, ist es mit Sicherheit ein weiteres Kapitel für die Arbeit der Anti-Atom-Bewegung.



Paul-Marie Manière ist Referent für Atomenergie und Energiewende in der IPPNW-Geschäftsstelle.